Halbsiliqua muß also wegen ihres Gewichtes Denar genannt worden sein. Im Julianischen System war der Denar eine Kupfermünze, und zwar sollten auf den Solidus 6000 solche Kupferdenare gehen. Da nun die Julianische Münzordnung den Münzwert des Goldes im Verhältnis zum Silber auf 12 : 1 festgesetzt hatte und damals Silber zum Kupfer wie 125 : 1 stand, so muß der Julianische Denar ($\frac{1}{72} \times \frac{1}{6000} \times 125 \times 12 =$) $\frac{1}{288}$ Pfund gewogen haben. Offenbar ist also der Julianische Kupferdenar bei Friesen und Franken als Münzgewicht verwendet und so die silberne Halbsiliqua, die ja ebenfalls $\frac{1}{288}$ Pfund wog, als denarius argenti oder auch lediglich als denarius bezeichnet worden.

XI.

Die Grundherrschaft im Sachsenspiegel.

Von

Herrn Professor Dr. **Hans Fehr**

in Jena.

I. Die Abhandlung von Albrecht v. Wrochem hat die Anregung zu dieser Studie gegeben, die an Stelle einer Besprechung treten mag, welche der Verfasser des folgenden auf Wunsch der Redaktion übernommen hatte. v. Wrochem rollt in Beyerles Beiträgen Bd. II Heft 4 von neuem das vielbehandelte Schultheißenproblem des Sachsenspiegels auf. Durch Vergleichung der sächsischen Verhältnisse mit denjenigen Westfalens und der Mark Brandenburg gelangt er zu der Ansicht, daß der Schultheiß des Sachsenspiegels zunächst ein privater Beamter eines Grundherrn war und nicht einem öffentlichen, sondern einem privaten Abhängigkeitsverhältnis seine Stellung verdankte (S. 60). Eine wohl nur in Ostfalen wahrnehmbare Entwicklung habe ihn dann in die öffentliche Stellung hineingebracht, in der er im Rechts-

buche als Vertreter des Umstandes, als Richter über den Grafen etc. auftrete.

Diese Hypothese ist auf zwei Voraussetzungen aufgebaut. Einmal wird behauptet, die Pflegehaften bildeten eine grundherrliche Genossenschaft. Denn nur so konnte der Verfasser zur grundherrlichen Natur des Schultheißen­tums gelangen. Da nun aber die Pflegehaften Eigen haben nach dem unzweideutigen Ausspruch des Spieglers, so wird versucht, dieses Eigen in der Grundherrschaft unterzubringen. Eike kenne Eigen auch im Verbande der Grundherrschaft. Für diese weittragende Behauptung tritt v. Wrochem aber den Beweis nicht an.¹⁾

Das Problem ist interessant, und so möchte ich einmal den grundherrschaftlichen Organismus, wie er sich aus dem Rechtsbuch ergibt, beleuchten. Dann soll auf die Stellung des Eigen in seinem Verhältnis zur öffentlichen Gewalt eingegangen werden. Endlich versuche ich auf der Grundlage der gewonnenen Ergebnisse und unter Heranziehung einer jüngst von v. Amira in der Zeitschrift für Rechtsgeschichte Bd. 28 besprochenen Urkunde die Frage nach dem Stande der Biergeldern in ein neues Licht zu rücken.

II. Das Rechtsbuch kennt vier Arten von Gütern: Eigen, Lehen, Dienstgut und Zinsgut. Das Eigen ist das abgabenfreie oder belastete Eigengut im Landrecht, das Lehen das vassallitische Gut im Lehnrecht und das Dienstgut das unfreie Gut im Dienstmannenrecht oder, wie es im Ssp. Lehnrecht 63 § 1 heißt, im Hofrecht. Die Zinsgüter sind die „vremeden“ Güter, die einen Zinsherrn haben, Güter, welche die sächsische Grundherrschaft bilden und im folgenden näher untersucht werden sollen. Diesen vier Güterklassen entsprechen grundsätzlich verschiedene Stände. Eigen ist die Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur Klasse der Schöffenbaren und der Pflegehaften. Der Lehnsmann ist regelmäßig mit Lehnbesitz, der Dienstmann mit Dienstgut ausgestattet.²⁾ Dem Zinsgut

¹⁾ Es ist schwer verständlich, wie der Verfasser eine für seine Hypothese so entscheidende Behauptung in einer Anmerkung (S. 413 A. 49) abzufertigen wagte. — ²⁾ Damit soll natürlich nicht behauptet werden, daß Lehnsmann und Dienstmann nicht auch Eigen haben konnten.

entspricht kein Stand. Freie und unfreie, ritterliche¹⁾ und bäuerliche Leute konnten Zinsgüter erwerben, ohne in ihrer Rechtsstellung beeinträchtigt zu werden. In II 21 § 1 heißt es: Die tins man, sve he is, die erft sin gebu uppe sinen erven uppe tinsgude; it ne si en man von ridders art, die t'sime wive to morgen gave hebbe gegeben. Die Aufnahme auch ritterlicher Leute in der Grundherrschaft ist damit außer Zweifel gestellt. Die Hauptmasse der Zinsleute bestand aber aus Landsassen und aus Laten. Die Landsassen waren die freien Meier, wie dies Wittich²⁾ treffend ausgeführt hat und wie es die Glosse zu III 45 § 6 besagt: landseten dat sin meigere. Die Laten waren unfreie Erbzinsleute.³⁾ Aber ihre Unfreiheit war nicht eine Folge der Übernahme des Zinsgutes. Ihre Unfreiheit ging aus einem persönlichen, nicht aus einem dinglichen Moment hervor, wie dies III 44 § 3 deutlich erkennen läßt. Trotz der unfreien Rechtsstellung, welche die Laten im grundherrlichen Verbande einnahmen, müssen wir den Satz festhalten: das Zinsgut als solches hat den Stand des Beliehenen nicht beeinflußt.⁴⁾ Die Grundhörigen sind kein Stand im Rechtssinne.

III. Das Verhältnis des Herrn zu seiner Grundherrschaft ist ein unmittelbares oder nur mittelbares. Bald behält er nämlich die Grundherrschaft in eigener Hand und verwaltet sie selbst oder durch seine Beamten (I 54 § 3). Bald setzt er einen Unternehmer ein, der auf eigene Rechnung die Güter zu Zins und Pflege austut, die eingegangenen Erträgnisse in seine Kasse nimmt und dem Herrn vermutlich eine feste Pachtsumme entrichtet.⁵⁾ Bald endlich gibt er ein einzelnes

¹⁾ Die Glosse zu II 21 § 1 sagt in Ubereinstimmung mit dem Richtsteig Lehn. 20 § 4: „Sage aber Du es sol kein ritter zu recht auf einem pacht oder Zinsgut sitzen.“ Dies ist als eine spätere Entwicklung des 14. Jh. aufzufassen. — ²⁾ Die Grundherrschaft in Nordwestdeutschland. 1896. — ³⁾ Vgl. Schröder, RG. ⁴⁾ 463. — ⁴⁾ Vgl. auch Rietchel in ZRG. 22 201 u. die dort angegebene Literatur. — ⁵⁾ I 54 § 3: Tins mut de herre, oder sin bode de dat land bestadet, bat behalden, den is de man besaken moge unde tegeden dat selve an deme gude, dar die man uppe sit. Der Bote ist hier sicher als Unternehmer gedacht. Denn 1. verpachtet er die Güter. Daß bestaden vermieten bzw. verpachten heißt, ergibt sich aus I 22 § 2. 2. Treibt er den Zins ein und

Zinsgut oder eine ganze Grundherrschaft zu Lehen hin. In Lehn. 73 § 1 u. 11 § 2 handelt es sich um solche Belehnungen. Nach der ersten Stelle erhält der Lehnsmann ein Zinsgut, jedoch behält sich der Herr die Dienste seiner Hintersassen vor. Der Paragraph lautet:

Verliet die herre en gut dar die tinsgelden to geboren sin oder sik in dat tinsgelt gekoft hebben, unde its vat dienstes dar af sint plichtich to dunde, dat dienst mach die herre ledich behalden, of he 't ut besceidet, svenne he 't gut verliet. Das Motiv des Grundherrn für den Vorbehalt der Dienste kann wohl nur das gewesen sein, die Zinsleute als Arbeiter in seiner Eigenwirtschaft zu verwenden. — In Lehn. 11 § 2 ist der Fall unterstellt, daß einem Vassallen die Grundherrschaft in einem ganzen Dorfe verliehen und dadurch der Lehnsmann zum folgefähigen Grundherrn erhoben wird.¹⁾ Durch Einsetzen eines Unternehmers oder eines Lehnsmannes ist also der unmittelbare Zusammenhang des Grundherrn mit seiner Grundherrschaft gebrochen.

IV. a) Die Zinsgüter zerfallen in zwei große Klassen, in die Zeitgüter und in die Erbgüter. Der Sachsenspiegel kennt die Leihe auf unbestimmte Zeit (II 59 § 1), auf bestimmte Jahre (III 77 § 1), auf Lebenszeit²⁾ (II 53) und die Erbzinsleihe (II 21 § 1). Wittich hat durch zahlreiche Meierverträge gezeigt, daß die Güter für relativ kurze Perioden (3, 6, 9 oder 12 Jahre) ausgegeben wurden.³⁾ Es stand dem Herrn völlig frei, ein Zeit- oder Erbzinsverhältnis zu begründen. In III 79 § 1 ist ausdrücklich hervorgehoben, daß der Grundherr auch Bauern, die zum Gute nicht geboren seien, Erbzinsrechte verleihen dürfe. Die Untersuchungen Wittichs haben aber ergeben, daß im 13. Jahrhundert die Zeitleihe viel häufiger vorkam als die Erbleihe. Aus dem Rechtsbuche muß jedoch eher die Tendenz abgeleitet werden, die Begründung neuer Erbzinsverhältnisse zu begünstigen.

behält ihn. Wäre der Bote bloßer Beamter des Grundherrn gewesen, so hätte Eike nur von einem Behalten des Herrn gesprochen.

¹⁾ Die Verleihung der Grundherrschaft und der Gerichtsherrschaft im Dorfe sind scharf auseinandergehalten. — ²⁾ Die Worte sin erve na sime dode deuten auf dies Leiheform. Damit stimmt das Kontrollbild. Wittich a. a. O. 332 Anm. 1. — ³⁾ A. a. O. 331.

b) Die Erbzinsgüter zerfallen wiederum in zwei Gruppen: in die freien Erbzinsgüter, auf denen Leute saßen, die in ihrer Freiheit, namentlich in ihrer Freizügigkeit nicht beschränkt¹⁾, und in die Erbzinsgüter, die mit Laten besetzt waren, d. h. unfreien Leuten, die ohne Erlaubnis des Herrn nicht abziehen durften.²⁾

Abgesehen von den Rechtsfolgen, welche das Sukzessionsrecht des Erben beim Erbzinsgute mit sich bringt, besteht zugunsten des Erbzinsmannes ein großes Vorrecht im Vergleich zum Zeitpächter: er kann ohne Erlaubnis des Grundherrn die Substanz des Gutes ändern. Er darf nach I 54 § 3: Steingruben und Lehmgruben graben, Holz hauen und Rodungen vornehmen, Handlungen, zu denen der Zeitpächter nur mit Zustimmung des Herrn berechtigt ist. In der wirtschaftlichen Benutzung des Gutes ist demnach der Erbzinsmann besser gestellt als der Zeitpächter, ein Rechtssatz, der in der Natur der Sache liegt.

Ist ein Erbe „uppe tinsgude“ (II 21 § 1) nicht gegeben, so fällt das Gut dem Herrn heim. Ist aber ein Erbe vorhanden, so tritt er dem Herrn gegenüber in alle Verpflichtungen ein, die für den Erblasser bestanden. Die etwas dunkeln Worte von II 59 § 2 wollen vermutlich feststellen, daß der Erbe unmittelbar in der Rechtstellung des Erblassers sukzedierte. Die gewere³⁾ am Zinsgute ist beherrscht vom Grundsatz: der Tote erbt den Lebendigen.

c. Dem Zinsmann auf Zeit konnte gekündigt werden. Ebenso hatte der Hintersasse ein Kündigungsrecht. Vom sozialen Standpunkte aus gesehen ist es höchst bemerkenswert, daß die herrschaftliche und die bäuerliche Kündigungszeit gleich bemessen war: Herr wie Bauer konnten auf Lichtmeß

¹⁾ Z. B. das Erbzinsgut, von dem in II 21 § 1. 2 die Rede ist. Man darf also die Erbzinsgüter nicht einfach mit den Latengütern identifizieren, bzw. die Erbzinsgüter in Gegensatz zu den Meiergütern stellen. In diesen Fehler scheint Wittich verfallen zu sein, wenn er S. 337 die gewere kraft Meierrechts in Gegensatz zur Erbzinsgewere stellt. —

²⁾ Glosse zu II 59 § 1: We in sassen tu tinsgude geboren is, dat is en late, di mach des gudes ane sinis herren orlof nicht vortien. —

³⁾ Wittich scheint mir mit Unrecht an einer gewere des Zinsmannes zu zweifeln. Vgl. Gierke, DPR. II 199 u. 192.

kündigen (II 59 § 1), und daß auch der Herr ohne Grund das Hintersassenverhältnis einseitig lösen konnte. Das ist „strenges Recht“¹⁾; denn mit der Abmeierung verlor der Bauer in vielen Fällen seine Heimat. Und diese Abmeierung scheint nicht selten vorgekommen zu sein. Das Rechtsbuch gibt wenigstens genaue Vorschriften über den Abzug des Zinsmannes, Vorschriften, aus denen ein Schutz gegen den Herrn durchleuchtet. Der abziehende Bauer darf die Besserung mit sich fortführen. Nur den Zaun um das Haus, dieses selbst und den Mist muß er zurücklassen. Aber für diese Gegenstände wird er vom Herrn entschädigt²⁾, und zwar, das ist das wichtige, nicht nach dessen Ermessen, sondern „na der bure kore“ (II 53). Im 14. Jahrhundert scheint dieses harte Abmeierungsrecht eine Abschwächung erfahren zu haben.³⁾

V. Das wesentlichste Recht der Hintersassen war ihr Nutzungsrecht an Grund und Boden, ausgedehnter, wie wir sahen, zugunsten des Erbzinsmannes als zugunsten des Zeitpächters.

Von weiteren Rechten der Zinsleute erfahren wir aus dem Rechtsbuch nichts. Vor allem wissen wir nicht, wie es mit ihrer Verfügungsfähigkeit⁴⁾ über die Güter innerhalb der Hofgenossenschaft stand. Dagegen sind wir besser unterrichtet über die Verpflichtungen der Hintersassen. Für die Hauptpflicht, die Abgaben- und Dienstpflicht, die auf dem Gute lastete, die vom Gute gelobt war (I 54 § 5), begegnen vier Ausdrücke: Zins, Pflege, Dienst und Zehnten. Zins und Pflege waren am Bartholomäustage fällig. Für die Zehnten sind verschiedene Zeitpunkte angegeben (II 58 § 2). Vom Dienst ist nichts gesagt; seine Ableistung fiel jedenfalls vornehmlich in die Zeit der Ernte und Weinlese. Auch hier steht der Sachsenspiegel insofern auf dem Boden des strengen Rechts, als er eine Zinsreduktion in Zeiten der Not nicht kennt. Dagegen ist ihm andererseits auch der Satz nicht bekannt, daß der Zinsmann wegen Zinsversäumnis abgemeiert

¹⁾ So Wittich 338. — ²⁾ Eine Entschädigungspflicht ferner in III 77 § 1 und 2. — ³⁾ Wittich 338. — ⁴⁾ Über die Veräußerungsfähigkeit vgl. auch Rietschel in ZRG. 22 195 ff.

werden könne. Und dies stimmt mit dem sächsischen Rechtszustand überein.¹⁾ Eike sagt uns nichts genaues über den Inhalt der einzelnen Leistungen. Besonders fehlt ein sicheres Unterscheidungsmerkmal von Zins und Pflege.

a) Unter Zinsen mögen in erster Linie Naturalzinsen²⁾, namentlich Getreidezinsen gemeint sein. Aber daneben fehlten Geldzinsen nicht, wie dies aus I 54 § 4 hervorgeht. II 58 § 2 zeigt, daß man auch begann, den Zehnten mit Geld abzulösen. Das Rechtsbuch steht eben auch wirtschaftlich in einem Übergangsstadium: die Naturalwirtschaft beginnt langsam der Geldwirtschaft zu weichen.

b) Neben dem Zins steht die Pflege, eine Verpflichtung, die so oft neben dem Zins genannt wird, daß eine Gleichstellung der beiden ausgeschlossen ist.³⁾ Um die Bedeutung des Wortes Pflege hat sich ein lebhafter Streit entsponnen, der vor allem von Heck angefacht worden ist. Heck hat in seinem Buche über die freien Stände des Sachsenspiegels breite Erörterungen darüber gegeben und die Ansicht aufgestellt, daß Pflege nicht Zins, sondern allgemein Pflicht bedeute.⁴⁾ Amira ist ihm in seiner lebhaften Kritik auch hier entgegengetreten mit der Behauptung, Pflege bezeichne eine Abgabe von fruchttragendem Boden.⁵⁾ Ich bleibe bei der Erklärung, welche Homeyer in seinem Glossar gegeben hat: Pflege ist eine Leistung, die sowohl Zins als Dienst begreifen kann. Zu dieser Annahme zwingen einmal sprachliche Gründe. In II 58 § 2 heißt es: Zins und Pflege verdienen und in III 76 § 3 und III 77: Zins oder Pflege geben, Wendungen, die zeigen, daß unter Pflege nur eine Abgabe verstanden werden kann. Andererseits kennt die Glosse zu Lehn. Cap. 34 den Ausdruck plegelik dynst. Und die Glosse Johann v. Buchs sagt zu I, 2: plechhaften sin die in dem lande zigen hebbben, dar sie wat sin pflichtig af to gevene oder to tunde. Auch verwendet Eike in I 34 § 1 und II 13 § 4 das Zeitwort plegen in dem Sinne: dem Richter dienen. Und in der Tat hatte ja der Zinsmann gewiß nicht selten

¹⁾ Wittich a. a. O. 334. — ²⁾ Dies ergeben die Ausführungen von Wittich S. 333, der aber doch das Vorkommen von Geldzinsen unterschätzt. — ³⁾ Vgl. II 58 § 2; III 76 § 5; III 77 § 1 u. 2; Lehn. 60 § 2. — ⁴⁾ Vgl. 418 ff. — ⁵⁾ ZRG. 27 391.

Dienste beim Grundherrn zu leisten. Zwei Stellen lassen eine solche Dienstpflicht auf dem grundherrlichen Hofe erkennen. III 37 § 4: Sve enes anderen mannes ripe korn snit, so dat he vant dat dat lant sine si oder sines herren deme he dienet, he ne misse dut nicht, desten he 's nicht af ne vore; man sal ime san sines arbeides lonen. Hier ist das Schneiden des Kornes durch einen Hintersassen gemeint; denn ein Knecht ohne Land könnte nicht im guten Glauben sein, daß er sein Grundstück bestelle. Der andere Beleg ist die S. 267 angeführte Stelle des Lehnrechts 73 § 1. Beide Belege lassen erkennen, daß die Eigenwirtschaft des Grundherrn im 13. Jahrhundert noch nicht aufgelöst worden war und man vorsichtig sein muß mit der Behauptung, die Herren der Stauferzeit hätten nur noch ein ritterliches Leben gekannt. So sehe ich im Worte Pflege diese bäuerliche Dienst- und Abgabepflicht eingeschlossen. Den Heckschen Gedanken von der Stadtpflicht teile ich nicht.

c) Endlich ist die Zehntpflicht von Frucht und Vieh eine Pflicht des Hintersassen. Der Zinsmann, nicht der Grundherr ist der Zehntpflichtige.

Der Zins war eine Holschuld. Der Herr hatte ihn am Verfalltage im Hause des Zinsmannes abzuholen (I 54 § 2).¹⁾

VI. Die bisherige Darstellung hat noch nicht erkennen lassen, worin das eigentliche Herrschaftsverhältnis zwischen Grundherrn und Zinsmann bestand. Der Ausdruck Grundherrschaft bedarf der Rechtfertigung. Worin lag die Herrenstellung desjenigen begründet, der das Zinsgut verlieh? Rief die sächsische Grundherrschaft nur ein vermögensrechtliches Abhängigkeitsverhältnis hervor, oder nicht?

a) Da ist zunächst rein äußerlich festzustellen, daß der Geber als Herr, der Nehmer als Mann, als Zinsmann bezeichnet wird (z. B. I 54). Das Herrschaftsverhältnis gelangt schon in der Sprache zum Ausdruck.

b) Ferner besteht eine persönliche Bindung des Zinsmannes an den Herrn dadurch, daß ersterer keine Weiter-

¹⁾ Wie Wittich mit Bezugnahme auf diese Stelle behaupten kann, daß der Meier den Zins bringen mußte, ist unverständlich. S. 334.

leihe vornehmen darf. Die Afterleihe ohne Zustimmung des Herrn ist ausgeschlossen. Gerade dieser Person und keiner andern ist das Wohl und Wehe des Gutes anvertraut. Nur der direkt Beliehene darf mit seinen Knechten und Mägden das Grundstück bebauen. Gibt er sein Gut gegen den Willen des Herrn in dritte Hand, so verliert er die Eigenschaft eines rechten Zinsmannes (Lehnr. 60 § 2). Der Herr kann das Gut einziehen.¹⁾

Im Gegensatz dazu äußert sich die Herrenstellung des Verleihers darin, daß er das unmittelbare Band mit seinen Hintersassen durchschneiden kann. Wie wir bereits sahen, darf der Herr einzelne Güter oder eine ganze Grundherrschaft zu Lehen auftragen oder einem Unternehmer übergeben. Nach Willkür konnte somit den Hintersassen ein neuer Herr gesetzt werden.

c) Der Herr hat ein Pfändungsrecht gegen die säumigen Zinsleute. Ohne richterliche Erlaubnis kann er zur Pfändung schreiten, wenn der vom Gute gelobte Zins nicht pünktlich bezahlt wird (I 54 § 4). Das ist eine tiefgreifende Ausnahme von dem sonst geltenden Prinzip, daß eine Pfändung nur möglich ist mit richterlicher Hilfe.²⁾ Dadurch ist die Herrenstellung des Leihenden auf das schärfste gekennzeichnet.

Ein außerordentlich starker Rechtsschutz ist dem Herrn auch gegeben gegen den Zinsmann, der böswillig seinen Zins am Fälligkeitstage nicht entrichtet. Der Zins verdoppelt sich am nächsten, verdreifacht sich am übernächsten Tage usw. unter drei Voraussetzungen:

1. daß der Herr jedesmal den Zins abzuholen versucht;
2. daß er bei jeder Vervielfachung um ein richterliches Urteil bittet;
3. daß der Zinsmann den Zins „under ime hevet“, d. h. daß er imstande ist zu bezahlen, aber böswillig nicht

¹⁾ Dies schließe ich aus den letzten Worten von 60 § 2: Dut he (der Zinsmann) 't anderwerwe lüden to tinse oder to plege, so is he selve en unrecht tinsman von deme gude. Im Augenblick der Weiterleihe hat er den Charakter des Zinsmannes eingebüßt. — ²⁾ Vgl. III 39 § 1; I 53 § 3; III 56 § 2. Pfändung ohne richterliche Erlaubnis aber nur zu Zwecken des Beweises in III 20 § 2.

bezahlt. Es ist wohl dabei in erster Linie daran zu denken, daß er die Früchte eingeerntet hat und die Quote nicht herausgibt¹⁾ (I 54 § 2).

Damit war dem Herrn praktisch ein Mittel an die Hand gegeben, einen böswilligen Hintersassen wirtschaftlich völlig zu vernichten.

Ist eine solche Strenge des Rechts nicht auffallend? Sie kann, wie ich glaube, nur daraus erklärt werden, daß der Hintersasse, der zahlen kann und doch nicht zahlt, an seinem Herrn die Treue bricht. Die deutsche Grundherrschaft ist eben nicht aufgebaut auf ein rein obligatorisches Verhältnis, auf das Verhältnis von Gläubiger und Schuldner. Ein persönliches Band, ein Treuband verknüpft daneben Herrn und Zinsmann miteinander. Der Hintersasse ist ein Mann, der „in truwen plichtich is“.²⁾ Mit einem Treubruch ist das Verhältnis in seinen Grundfesten erschüttert worden. Der Treubruch soll tatsächlich zur Abmeierung führen können, das ist die Idee der Norm vom Rutscherzins.

Schließlich müssen die Hintersassen vermögensrechtlich eintreten für den Herrn. Sie müssen für ihren Herrn Pfändung dulden in der Höhe des geschuldeten Jahreszinses.³⁾ Soweit der Zins schon an den Herrn abgeführt ist, kann er vom Zinsmann nicht mehr verlangt werden (I 54 § 1 und Lehn. 65 § 7). Damit ist die Zugehörigkeit der Leistungen der Hintersassen zum Vermögen des Grundherrn deutlich ausgesprochen.

d) Die Hintersassen der Grundherrschaft bilden eine Gerichtsgenossenschaft. Es gibt ein grundherrliches Gericht. Über die Zusammensetzung und die Kompetenz dieses Gerichts gibt uns Eike nur spärliche Auskunft. Zwei Stellen haben dieses Gericht im Auge. Einmal Lehn. 68 § 5.

¹⁾ Ich halte dies für die einzig mögliche Erklärung dieser berühmten Stelle vom Rutscherzins. „Under ime hebban“ kann nur ein körperliches Innehaben bedeuten, wie namentlich die Hantgemalstelle zeigt. Ich glaube, daß das Treumoment innerhalb der deutschen Grundherrschaft eine große Rolle spielt und bisher viel zu wenig beachtet wurde. — ²⁾ Vgl. III 8. — ³⁾ Vgl. die Glosse (bei Homeyer) zu II 41 § 1, wo auch die Pfändung des Zinses genannt ist.

Sie lautet: Doch n'is die herre nicht plichtich to antwerdene sine manne vor den overen herren, he ne hebbe ime er rechtes geweigeret vor sinen mannen, noch sime tinsgelden, he ne hebbe ime er rechtes geweigeret vor sinen tinsgenoten. Bei Rechtsverweigerung im grundherrlichen Gericht durfte demnach der Hintersasse seinen Herrn im Landgericht verklagen. Rechtsverweigerung war also die einzige Voraussetzung, unter welcher der Herr gezwungen werden konnte, in grundherrlichen Sachen sich einem anderen, höheren Richter zu stellen. Daraus darf der Schluß gezogen werden, daß in grundherrlichen Sachen zunächst das grundherrliche Gericht Recht sprach und daß der Grundherr selbst dem Gericht unterworfen war, wie jeder Hintersasse. Höchstwahrscheinlich führte der Herr selbst oder sein Beamter den Vorsitz und die Hintersassen (tinsgenoten) sprachen das Urteil. Aus der zweiten Stelle (III 79 § 2) läßt sich ersehen, daß das grundherrliche Gericht jedenfalls kompetent war für Streitigkeiten um Erbe, Gut und Schuld (Geldschuld), soweit dies grundherrliche Angelegenheiten betraf.¹⁾ Vermutlich fehlte ihm jede Strafkompetenz. Diese war dem Gericht des Bauermeisters oder dem ordentlichen Richter vorbehalten. Grundherrliche Gerichtsbeamte kennt der Sachsenpiegel nirgends. Da die ganze Grundherrschaft eine dingliche Grundlage hatte, so ist anzunehmen, daß Zeit- wie Erbzinsgüter dem grundherrlichen Gericht unterstellt waren.²⁾

e) Endlich tritt die Herrenstellung des Grundherrn scharf hervor in seiner Gesetzgebungsgewalt. Der Grundherr hat die Autonomie für seine Grundherrschaft. Er kann den Zinsleuten „ein recht geven“³⁾; er kann Recht schaffen für den

¹⁾ Die richtige Abgrenzung dieses grundherrlichen Gerichtes gegen das Gemeindegericht des Bauermeisters bei Planck, Gerichtsverfahren I S. 12. Es handelt sich eben in III 79 § 2 um ein grundherrliches Dorf. — ²⁾ Unrichtig also wohl Wittich, 343, der von einem grundherrlichen Gericht über Meiergüter keine Spur gefunden hat. Vgl. Heusler, Gewere S. 141. — ³⁾ III 79 § 1. Dort ist nur der Spezialfall erwähnt, daß der Grundherr neu angesiedelten Erbzinsleuten ein Recht gibt. Dies ist natürlich der Hauptfall, wo sich die Autonomie des Herrn betätigen konnte. Aber es wäre m. E. falsch, darin den einzigen Fall zu sehen. Auch in bestehenden Grundherrschaften konnte er Recht setzen, soweit er dadurch nicht in die Rechte der Hintersassen eingriff.

Bereich seiner Grundherrschaft. Aber der Sachsenspiegel bindet diese Autonomie¹⁾ an eine feste Schranke, an die Schranke des Landrechts. Die vom Grundherrn aufgestellten Rechtssätze dürfen das Landrecht nicht verletzen. Landrecht bricht Grundherrnrecht.²⁾ Nur soweit das Landrecht Spielraum läßt, reicht die Autonomie der Grundherrschaft. Wie stark das Landrecht in grundherrliche Angelegenheiten eingegriffen hat, zeigt die bisherige Darstellung. Die gesetzgeberische Herrenmacht des Grundherrn ist also erhalten geblieben, aber auf einen weit engeren Rahmen als früher begrenzt. Das Rechtsleben der Grundherrschaft darf das Rechtsleben der Grafschaft nicht stören.

Das Recht der Grundherrschaft umfaßt zunächst den Grundholdenverband. Der Eintritt in diesen Verband ruht auf dinglicher Grundlage. Durch Erwerb eines Zinsgutes erhält man die Eigenschaft des Hintersassen. Ein zweiter Verband wie in vielen fränkischen Grundherrschaften besteht daneben nicht. Eike kennt keine hofhörige Genossenschaft persönlicher Natur, etwa gebildet durch Leute, die einen Kopfzins zahlten.³⁾ Nur das Zinsgut vermittelte die Aufnahme in die Herrschaft.

In einem einzigen Falle waren dem Rechte der Grundherrschaft auch Auswärtige unterworfen. Wenn nämlich ein Auswärtiger im grundherrlichen Gericht klagte um Erbe, Gut oder Schuld (Geldschuld), so mußte er sich dort der Widerklage unterziehen, falls der beklagte Hintersasse diese gegen ihn erhoben hatte. Und in diesem Falle kam grundherrliches Recht zur Anwendung (III 79 § 2).

VII. Nach dem Vorgetragenen wird es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß das gesamte Rechtsverhältnis zwischen dem Zinsherrn und seinen Hintersassen als ein grundherrschaftliches bezeichnet werden kann. Die Grundherrschaft des Sachsenspiegels stellt einen geschlossenen Organismus

¹⁾ In III 79 § 1 ist auch eine Autonomie der Zinsleute selbst anerkannt. Diese konnte sich aber nur innerhalb des Herrenwillens äußern. — ²⁾ Ich spreche absichtlich nicht von Hofrecht, weil der Ssp. den Ausdruck Hofrecht für das Recht der Dienstleute verwendet (Lehn. 63 § 1). — ³⁾ Die Eigenleute und die Dienstleute als persönliche Unfreie des Herrn fallen nicht in den Bereich der Grundherrschaft. Bezüglich ihres Rechtskreises vgl. Planck, Gerichtsverfahren I 18 ff.

dar, über welchem ein noch stark entfalteter Herrenwille steht. Sie umfaßt Rechtsbeziehungen dinglicher und persönlicher Art, privater und öffentlicher Natur.¹⁾ Aber sie findet ihre feste Schranke am Landrecht und kann sich nur innerhalb dieses ihr zugewiesenen Rahmens betätigen. Daraus gehen, abgesehen von der Autonomie, drei wichtige Folgen hervor.

a) Der Hintersasse ist dem öffentlichen Gericht nicht entzogen.²⁾ Jeder Stand nahm grundsätzlich vor seinem ständischen Gerichte sein Recht. Die beiden Hauptgruppen der Hintersassen, die Landsassen und die Laten³⁾, waren im Goding des Gografen dingpflichtig. Der Vorsteher der Dorfgemeinde, der Bauermeister, führte sie vermutlich jeweils dahin (I 2 § 4). Klagen um Verbrechen und Freiheitsprozesse gehörten vor das Grafengericht, d. h. vor das Gericht, das der Graf kraft seiner ordentlichen Amtsgewalt, ohne Königsbann, abhielt.⁴⁾ Dies änderte sich in späterer Zeit, als dem Gografen die Kriminalgerichtsbarkeit auch in den Fällen der nicht handhaften Tat übertragen wurde.⁵⁾

b) Die Pflicht zur Entrichtung öffentlicher Abgaben wurde im sächsischen Gebiete durch die Grundherrschaft nicht berührt. Die öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen wie Dienst,

¹⁾ Vor allem das Pfändungsrecht. Es geht nicht an, dieses Recht deshalb, weil es zur Ausübung einem Grundherrn in die Hand gegeben wurde, seines öffentlichen Charakters zu berauben. — ²⁾ Vgl. namentlich auch Lehn. 73 § 2 Schluß, wo die Sendpflicht neben der weltlichen Dingpflicht besonders hervorgehoben ist. — ³⁾ Heck (Stände 105ff.) hat die Dingpflicht der Laten im Goding höchstwahrscheinlich gemacht. Schröder (ZRG. V S. 53 Anm. 3) bringt eine Reihe von Urkunden, aus denen hervorgeht, wie energisch die Grundherren versuchten, ihre Hintersassen dem öffentlichen Gerichtsverbande gänzlich zu entziehen. — ⁴⁾ Diesen Nachweis habe ich erbracht in Fürst und Graf im Ssp. S. 75 (Berichte der phil.-hist. Klasse der Kgl. Sächs. Gesellschaft der Wissenschaften 58. Bd.). — ⁵⁾ Noch die Ilsenburger U. a. 1296—1303 spricht dem Gografen nur die niedere Gerichtsbarkeit zu außer im Falle der handhaften Tat (Urk.-Buch des Klosters Ilseburg I Nr. 184). Auf die Abhandlung von Herold (Gogerichte und Freigerichte in Westfalen, Beyerles Beiträge B. II Heft 5), welche den Nachweis zu erbringen sucht, daß die Gogerichte keine Gerichte mit nur niederer Gerichtsbarkeit gewesen sind, soll im nächsten Bande dieser Zeitschrift eingegangen werden.

Bede oder Herberge (Lehnr. 73 § 2) lasteten auf dem grundherrlichen Zinsgute und waren dem Inhaber der Gerichtsgewalt zu leisten. Die sächsische Grundherrschaft ist keine fiskalische Immunität. Nur wenn ein Gut ausdrücklich als Freigut angesehen war, entfielen diese Dienste und Abgaben (Lehnr. 73 § 2). Aber Freiheit des Gutes nach außen und grundherrlicher Charakter des Gutes stehen in keinem notwendigen Zusammenhang.¹⁾

c) Die Pflicht der Landfolge erhielt sich auch für die Hintersassen der Grundherrschaft. Der Landrichter konnte die Einwohner des ganzen Gerichtsbezirkes, mochten sie grundherrschaftliche Hintersassen sein oder nicht, zur Gerichtsfolge laden²⁾ (II 71 § 3—5 und III 68 § 2). Alle Einwohner müssen dem Richter helfen unrechtes widerstan unde weren to aller wis (III 78 § 2). Der Gerichtsbezirk ist ein Friedensbezirk. Jeder Einwohner, an dem der Friede gebrochen ist, hat daher das Recht, mit Gerüfte die anderen zur bewaffneten Verfolgung des Friedebrechers aufzufordern. Wer nicht erscheint, wettet dem Richter (I 53 § 1). Kein Herrenwille, nur echte Not entbindet von dieser Pflicht (II 71 § 3).

VIII. Im Gegensatz zum grundherrschaftlichen Zinsgut steht im Sachsenspiegel das Eigen. Eike stellt keinen einzigen Rechtssatz auf, welcher die Vermutung zuließe, Eigen als grundherrliches Gut anzusehen. Das Eigen ist der eigene, gerade nicht vremede³⁾, Grundbesitz außerhalb der Grundherrschaft. Die gesamten Normen, welche sich mit dem Eigen beschäftigen, schließen dessen grundherrschaftlichen Charakter aus. Über dem Eigen steht kein Herr mit einem Herrenwillen, wie über dem Zinsgute. Eine private Zinspflicht wird nirgends erwähnt. Die Inhaber von Eigen, die

¹⁾ Auch Wittich erklärt, daß die Hintersassen dem Inhaber der Gerichtsbarkeit grundsätzlich Bede und Dienst leisten mußten (S. 343), erkennt aber die Bedeutung der Lehnrechtsstelle 73 § 2. — ²⁾ Eine allgemeine Heerfolge der Gerichtsinsassen kennt der Ssp. bekanntlich nicht mehr. Für die Interpretation von III 8 vgl. Fehr, Fürst und Graf a. a. O. 24. — ³⁾ Ein einziges Mal braucht der Ssp. das Wort egen für unfreies Gut in I 38 § 2. Dort ist gesprochen von Dienstmanne egen. Aber durch den Zusatz Dienstmann soll gerade eine Identifizierung mit dem freien Eigen ausgeschlossen werden.

Schöffenbaren und Pflegehaften, bilden keine einheitliche Genossenschaft. In III 46 § 3 werden egen und tinsgut neben Lehn- und Leibzucht scharf einander gegenübergestellt. Die Glosse zu III 79 § 1 sagt: Tinsgut ist noch eigen noch len noch erve. In III 80 § 1 wird festgesetzt, daß erbloses Eigen von drei bis dreißig Hufen, von wem immer es ersterbe, an die Grafschaft falle; also auch das Eigen der Pflegehaften, falls es aus mehr als drei Hufen bestand, und in II 41 § 1 ist die Fronung des Eigens an ein Schöffenurteil geknüpft, alles Bestimmungen, die mit einem grundherrlichen Charakter des Eigens unvereinbar sind.

So muß ich die Hypothese v. Wrochems, Eike kenne auch Eigen im Verbande der Grundherrschaft, völlig ablehnen. Das Gegenteil ist richtig: Nach dem Rechte des Sachsenspiegels sind Eigen und Zinsgut unvereinbare Gegensätze. Kann der Rahmen der Grundherrschaft nun auch nicht über das Zinsgut hinaus gespannt werden, so hat die vorliegende Studie doch deren hohe Bedeutung für die Zeit des Sachsenspiegels ergeben. Vielleicht trägt sie dazu bei, die gegenwärtige Unterschätzung der Grundherrschaft wieder zu beseitigen.

Im folgenden möchte ich nun die Stellung des Eigens zur öffentlichen Gewalt erörtern und vor allem die Frage lösen, welche Momente zur obligatorischen gerichtlichen Auflassung führten.

IX. Die Ansicht, daß im sächsischen Rechtsgebiete Eigen nur vor Gericht übertragen werden konnte, ist heute die herrschende.¹⁾ Trotz der Einwendungen Labands gilt heute der Satz, daß die Auflassung von Eigen an gerichtliche Mitwirkung geknüpft war.

Aber streitig ist die Ursache dieser öffentlichen Verpflichtung. Hier teilen sich die Meinungen. Die einen sehen den Hauptgrund in der „wachsenden Verdinglichung der Gerichtspflicht“²⁾, die anderen in der Steuerpflicht der Gerichtsinassen.³⁾ Beide Momente sind zu prüfen.

¹⁾ Vgl. Gierke, DPR. II 275 und die dort angeführte Literatur. —

²⁾ Gierke, DPR. II 275. — ³⁾ So vor allem Sohm, Fränk. Recht u. Röm. Recht 51. Heusler, Inst. II 99 sieht ihn vor allem in der Konsolidation der landesherrlichen Territorien.

a) Gerichtspflicht ist die Pflicht, dem öffentlichen Richter Gerichtsdienste zu leisten. Diese Pflicht lastete größtenteils¹⁾ auf dem Eigen. Die Schöffen hatten alle 18 Wochen, die Pflegehaften alle 6 Wochen von ihrem Eigen ihre Gerichte zu besuchen (I 2 § 2 u. 3). Aber in dieser regelmäßigen Dingpflicht erschöpfte sich die Gerichtspflicht der beiden Stände nicht. In I 60 § 2 ist gesagt, daß der Inhaber von Gut im Gerichtsbezirk vom Richter zur Übernahme des Vorsprecheramtes gezwungen werden könne. Und für die Schöffen (scepenen) ist die Pflicht aufgestellt, am Kriminalgericht als Urteiler zu erscheinen, so oft der Graf ein solches Gericht vierzehn Tage nach dem echten Ding einberufe. Mit Erfüllung der Dingpflicht in diesem gebotenen Gericht hebbet si (de scepenen) vorvängen ir egen jegen den richtere dat is alles dinges ledich von ime is, sagt das Rechtsbuch in I 2 § 2. Darin sehe ich eine Befreiung des Eigens der Schöffen von jeder weiteren Gerichtspflicht (alles dinges).²⁾ Aber unwillkürlich drängt sich die Frage auf: von welcher weiteren Gerichtspflicht konnte denn der Schöffe noch befreit werden, da er sich doch im echten Ding unter Königsbann und in dem genannten gebotenen Nachgericht einfinden mußte? Die Antwort lautet: Die Schöffen sind befreit von allen übrigen gebotenen Gerichten³⁾, namentlich von dem Grafengericht, das der Graf ohne Königsbann kraft seiner ordentlichen Amtsgewalt abhielt. Umgekehrt ergibt sich somit die wichtige Folgerung: die Inhaber von Eigen, also die Schöffenbaren ohne Schöffenamt und die Pflegehaften, können außer zu den regelmäßigen Dingen (über 18 bzw. 6 Wochen) zu den gebotenen Gerichten⁴⁾ und zum Vorsprecheramt gebannt

¹⁾ Von einer vollständigen Verdinglichung der Gerichtspflicht kann man nicht sprechen. Die Landsassen z. B., die in III 45 § 6 als Leute aufgeführt sind ohne dauernden Wohnsitz und ohne Eigen, waren doch alle 6 Wochen zum Besuch des Godings verpflichtet, I 2 § 4. — ²⁾ In Fürst und Graf im Ssp. habe ich diese Stelle unrichtigerweise auf eine Abgabefreiheit des Eigens bezogen (S. 70). Auch Sohm, Fränk. Recht u. Röm. Recht ist in diesem Irrtum befangen S. 50 Anm. 71. — ³⁾ Über die verschiedenen Arten von gebotenen Gerichten s. Fehr a. a. O. S. 70 ff. — ⁴⁾ In I 53 § 1 ist speziell die Versäumnis des utgelegemen dinges mit Wette an den Richter bedroht. Auch scheint

werden. Jetzt erst verstehen wir die ganze Tragweite der Stelle I 34 § 1, wo dem Eigentümer untersagt ist, auch die letzte halbe Hufe ohne richterliche Erlaubnis ¹⁾ zu veräußern. Von diesem Minimalbesitz mußte der Inhaber eben noch „deme richter sines rechten plegen“, mußte er die verschiedenen gerichtlichen Pflichten erfüllen, wenn ihn der Richter dazu aufbot. Hätte der Richter diese Zwangsgewalt nicht gehabt, so wäre wohl manches gebotene Ding aus Mangel an Urteilsfindern nicht zur Durchführung gelangt und mancher Beistandsbedürftige hätte seinen Vorsprecher nicht gefunden.

Wegen dieser engen Beziehungen zu der Person des jeweiligen Eigentümers konnte und durfte es dem Richter nicht gleichgültig sein, in wessen Hand das Eigen lag. Eine fruchtbare Durchführung der ganzen Rechtsprechung erforderte eine volle Klarheit der Grundbesitzverteilung im Lande. Diese vermochte der Richter aber nur zu erlangen, wenn er die Auflassung vor Gericht obligatorisch erklärte. Gerichtliche Auflassung und praktische Gerichtsverwaltung hingen aufs innigste zusammen.

X. b) Das zweite Moment, welches dazu führte, die Auflassung vor dem Richter als die einzig wirksame anzuerkennen, ist finanzieller Natur. Der Schwerpunkt liegt in der Grafschatzpflicht. Das Eigen ist grundsätzlich mit Abgaben belastet zu Eikes Zeiten. Der Graf als Inhaber der Gerichtsgewalt forderte gewisse Leistungen vom Eigen. Und dieser Grafschatzpflicht war auch das schöffnbare Eigen unterworfen. Nur die Schöffnbaren, welche Schöffnamt versahen, welche einen Schöffnstuhl innehatten, waren befreit. Drei Quellenstellen sind es, welche diese Ansicht rechtfertigen.

1. Die Glosse zu Ssp. III 76 in der Augsburger Ausgabe des Ssp. (bei Homeyer, Hantgemal S. 58): Schepenbar vry dat is dar van u. hêt daromme so, dat sy ore eygen vry

man sich nicht immer pünktlich dazu eingefunden zu haben, denn auch das Zuspätkommen wird bestraft.

¹⁾ Dieses Recht des Richters, eine gänzliche Entäußerung des Eigens zu verhindern, muß natürlich scharf getrennt werden von der in I 52 § 1 ausgesprochenen Pflicht zur Auflassung vor Gericht.

hebben, darumme dat sy schepen ambachtis in einer greveschap worden schalen.

2. Walkenrieder Urkunde von 1214¹⁾: Der Abt erklärt: *ecclesiam emisse supradictos duos mansos in Rodagherode ab Heccardo de Livenrode, qui insigni gaudebat libertatis titulo et qui in foro juris²⁾ unus erat scabinorum, qui eos liberos ab omni obsequio alicui praestando ecclesiae vendidit; in qua libertate hactenus eos possedit.*

In beiden Stellen wird die Abgabefreiheit nicht schlechthin auf die Schöffenbarkeit, sondern auf die Amtstätigkeit des Schöffenbaren, auf das eigentliche Schöffentum zurückgeführt.

3. Codex diplom. Anhalt II Nr. 46 (a 1220): Otte de Glinde, ein Schöffenbarer³⁾, verkauft zusammen mit seinen Erben ein Gut: *coram nobis (Graf von Mühlingen) sub testimonio scabinorum contradidit possidenda . . . Et ut nos huic emptioni nostram confirmationem adhiberemus dederunt nobis 12 marcas.*

Das Gut wird verkauft an das Kloster Marienthal. Durch die Zahlung von 12 Mark befreit es jedenfalls der Verkäufer von der Grafschatzpflicht. Otto von Glinde war Schöffenbarer, aber nicht Schöffe, sein Eigen demnach belastet.⁴⁾

Heck, der ebenfalls die grundsätzliche Belastung des schöffenbaren Eigens annimmt, ohne aber den Unterschied zwischen beamteten und unbeamteten Schöffenbaren zu erkennen, bringt weitere Zeugnisse bei.⁵⁾

Daß das Eigen der Pflegehaften belastet war, wird übereinstimmend angenommen. War das Gut der Schöffenbaren im weiteren Sinne nicht frei von Gerichtsabgaben, so wird das Eigen der Pflegehaften diesen Vorzug sicher nicht ge-

¹⁾ Urk.-B. des hist. Vereins f. Niedersachsen II Nr. 83. — ²⁾ Richtige Interpretation dieser Worte gegen Heck von v. Amira in ZRG. 27 S. 389, wo auch die Lage dieser Güter angegeben ist. — ³⁾ Dies ergibt sich aus der Urk. ebenda Nr. 47 a 1221. Ein Verwandter ist Schultzeiß in der Grafschaft Mühlingen. — ⁴⁾ Für die nicht ganz zutreffende Erklärung dieser Stelle durch Sohm s. Fehr, Fürst und Graf S. 71 Anm. 1. — ⁵⁾ Stände S. 357 ff. und die Urk. der Grafen von Wernigerode von 1248, wo von einer exactio der Freien der Grafschaft die Rede ist; 353. Mit der Deutung, die Heck S. 354 der Urk. gibt, bin ich allerdings nicht einverstanden.

nossen haben. Die Abgaben, welche die Pflegehaften von ihrem Eigen zu entrichten hatten, waren wie die der Schöffenbaren öffentlicher Natur. Sie wurden bezahlt nomine Cometie. Nachdem die Ansicht vom grundherrlichen Charakter des pfleghaften Eigens zurückgewiesen worden ist, kann auch die Auffassung nicht standhalten, daß die von ihrem Eigen geleistete Pflicht grundherrlicher Natur gewesen sei. Zwei positive Belege ergänzen diese Behauptung:

1. Urk.-B. des Hochstifts Halberstadt II S. 408. Urkunde vom Juni 1276: Die Grafen von Regenstein übereignen dem Stift $\frac{1}{2}$ Hufe und $\frac{1}{2}$ Morgen in Groß-Harsleben, die der Vikar Conrad von Cattenstadt von Johann, dem Sohne des Zehntners Ludolf in Groß-Harsleben gekauft hat. Die Güter waren frei von kirchlichen und weltlichen Vogteiabgaben (a jugo advocatie et vexatione qualibet seculari penitus absoluta). Sie wurden als *proprietas* verkauft im Schultheißengericht, vor Geistlichen und Laien (darunter ein Bernhardus preco). Von den Anwesenden heißt es: *qui liberi dicuntur et consueverunt huiusmodi donationibus interesse*. Der Verkäufer (Sohn des Zehntners Ludolf), die im Gericht anwesenden Freien (darunter der preco) und das Gericht selbst (Schultheißending) deuten zweifellos auf das Eigen eines Pflegehaften. Den Parteien gegenüber verzichteten (*renuntiantes*) nun die Grafen von Regenstein: *pure ac simpliciter de consensu heredum nostrorum omni jure ac utilitati, que nunc vel in posterum nomine cometie nobis vel nostris heredibus in supradicto dimidio manso et dimidio jugere poterit pertinere*. Von grafchaftswegen waren also *jus* und *utilitas* gefordert worden. Auf beides soll künftig von seiten der Grafen kein Anspruch mehr erhoben werden.

2. Ganz ähnlichen Inhalts ist eine zweite Urkunde von 1274 aus diesem Rechtsgebiete (Urk.-B. der Stadt Halberstadt I 140). Die Grafen von Regenstein beurkunden eine Auflassung *coram nostro schulteto in iudicio quod schultetending*¹⁾ *vulgariter appellatur*, bei welcher *Henricus dictus de Odorp, noster scultetus, Heidenricus Gogreve u. Olricus preco*

¹⁾ Das Schultheißengericht war kein Stadtgericht. Die Auflassung erfolgte in *campis parvi Hersleue et Wirstede*.

zugegen waren. Zeugen waren ferner ein Bürger von Halberstadt und Leute von Harsleben, Regenstein etc. Auch hier sprechen die Zeugenliste und das Gericht selbst für die Übertragung von Eigen eines Pflegehaften.¹⁾ Die aufgelassenen Grundstücke werden genannt *a jugo advocatie penitus absolutum*. Der Verkauf erfolgte an die Halberstädter Kirche. Die Grafen bezeugen: *nos quoque, quicquid juris ratione cometie in hoc manso et agris attinentibus nunc et in posterum nobis vel nostris heredibus poterit pertinere, memorate ecclesie et canonicos memoratos de pleno consensu eorundem heredum cum omni utilitate ac jure pure et simpliciter contulimus possidendum*. Wie in der vorigen Urkunde wird hier auf die von grafchaftswegen zu entrichtenden Leistungen verzichtet zugunsten des Käufers, der Kirche.

Damit dürfte der Nachweis gesichert sein, daß der Landrichter, der Graf, als Inhaber der öffentlichen Gerichtsgewalt, grundsätzlich von allem Eigen (mit Ausnahme desjenigen der Schöffen) eine Abgabe zu erheben berechtigt war.

Andere Momente finanzieller Natur, welche eine Verbindung des Eigens mit der öffentlichen Gewalt herstellten, waren:

1. Der Friedeschilling, welcher dem Fronboten bei jeder gerichtlichen Auflassung gegeben werden mußte²⁾ und eine gewiß nicht unerhebliche Einnahmequelle für diesen Beamten bildete.

2. Das Exekutionsrecht des Grafen in das Eigen (II 41). Der Graf konnte das Eigen des Wetteschuldners durch den Fronboten fronen lassen, wenn er durch die vorausgegangene Pfändung nicht befriedigt worden war. Das Eigen bot demnach dem Richter eine große finanzielle Garantie. Zog der

¹⁾ Die Bemerkung von Wrochem (S. 390), daß es sich nicht um das Gericht des Schultheißen über Pflegehafte gehandelt habe, „denn dann wären letztere sicherlich besonders erwähnt worden“, entbehrt jeder Beweiskraft. Bekanntlich wird der Name Pflegehafte in dem ganzen sächsischen Quellengebiet fast nie gebraucht. Vom verkauften Grundstück heißt es: *qui mansus ipsorum proprietas fuit*. — ²⁾ III 56 § 3: *Svar man ok egen gift unde vrede over werct, dar sal he dre schillinge af hebben*.

Schuldner selbst oder dessen Erbe das Gut nicht aus der Fronung, so fiel es an den Richter.¹⁾

3. Das Heimfallsrecht. Bekanntlich hatten der Schultheiß, der Graf und der König ein Heimfallsrecht an erblosem Eigen. Je nach der Größe des Gutes und dem Stande des Verstorbenen fiel es an eine dieser Gewalten²⁾ (III 80 § 1). Das Eigen der Schöffenbaren scheint nach III 81 § 1 regelmäßig an den Grafen gekommen zu sein.

So ergibt sich auch nach dieser zweiten, der finanziellen Richtung hin ein hohes Interesse für den Grafen und die anderen Gerichtspersonen an der Kenntnis der Grundbesitzverteilung innerhalb der Grafschaft. Ohne Ausübung einer Kontrolle bei Grundstücksveränderungen wäre die richterliche Kasse unter Umständen schwer geschädigt worden. Und wie stark diese Kasse beim allmählichen Ausbau des landesherrlichen Territoriums in Anspruch genommen wurde, zeigt die Geschichte der einzelnen landesherrlichen Gebiete auf das deutlichste.

Damit sind die wichtigsten Beziehungen des Eigens zur öffentlichen Gewalt beleuchtet.³⁾ Die Frage, welche Momente zur obligatorischen gerichtlichen Auflassung des Eigens führten, kann also abschließend dahin beantwortet werden: das Streben nach einer geordneten Gerichts- und Finanzverwaltung.

XI. Die vorliegende Untersuchung gab ein Bild von der Stellung des Zinsgutes innerhalb der Grundherrschaft und von der Bedeutung des Eigens im Grafschaftsverbände. Sie zeigte, daß man als Träger eines Zinsgutes der Herrschaft eines Privatherrn, eines Grundherrs, als Träger von Eigen der öffentlichen Gerichtsgewalt unterworfen war. Überall trat eine scharfe Scheidung der beiden Rechtskreise deutlich hervor. Nur in einem Punkte ließen sich gewisse Übergänge der beiden Sphären feststellen: der Grundherr ist auch mit öffentlicher Gewalt ausgestattet.

Wenn wir nun zum Schlusse die Frage aufwerfen: sind die Pflughaften des Sachsenspiegels grundhörige Leute und

¹⁾ Vgl. Planck, Gerichtsverfahren II 254. — ²⁾ Für das Verfahren mit erblosem Gute überhaupt vgl. I 28. — ³⁾ Für die Stellung des Eigens unter Königsfrieden in der Grafschaft und die Stellung des Eigens in der Markgrafschaft vgl. Fehr, Fürst und Graf S. 50 u. 62.

ist ihr spezieller Gerichtshalter, der Schultheiß, der private Beamte eines Grundherrn, so muß mit allem Nachdruck betont werden: Als Inhaber von Eigen können die Pflegehaften nie und nimmer innerhalb der Grundherrschaft gesucht werden. Es gibt kein Eigen innerhalb der Grundherrschaft. Und so kann auch der Schultheiß des Sachsenspiegels, dessen Gericht die Pflegehaften gerade als Träger von Eigen besuchen, kein grundherrlicher Beamter gewesen sein. Glaubt man an die Wahrhaftigkeit des Spieglers, so ist an dieser Schlußfolgerung nicht zu rütteln.

Nun besitzen wir eine Urkunde aus dem Kloster Walkenried, welche uns sagt, daß die Pflegehaften wirklich Eigen im Lande hatten, welches unmittelbar der Grafengewalt unterstellt war. Der für uns wichtige Teil der Urkunde lautet:

Urkunde von 1214 (Urk.-B. des hist. Vereins für Niedersachsen II Nr. 83). Der Graf von Clettenberg verzichtet auf Ansprüche: *super quibusdam possessionibus, quas ecclesia detinebat, in quibus quiddam juris mihi vendicabam, quod nequaquam ecclesia mihi recognovit, immo omnibus modis, quibus potuit reclamavit, videlicet super duobus mansis in Rodagherode, quos mihi usurpabam forensi jure*¹⁾ *quorundam hominem, qui in vulgari dicuntur plaeccathte.*

Es handelt sich hier, sofern man dem Ausdruck *forensi jure* nicht offensichtlich Gewalt antun will, um ein Recht, das der Graf als Träger der öffentlichen Gerichtsbarkeit ausüben befugt war. Kraft seiner Gerichtsherrschaft hatte er das Gut des Pflegehaften an sich gezogen, aber zugunsten der Kirche dann darauf verzichtet. Allem Anschein nach lag der Fall des Ssp. III 80 § 1 vor: das Heimfallsrecht des Richters am erblosen Eigen des Pflegehaften.²⁾

¹⁾ Die richtige Deutung dieses Ausdrucks v. Amira ZRG. 27 S. 389f. gegen Heck, welcher Marktrecht übersetzt. Das Wort *forum* kommt in der nämlichen Urkunde, ein zweites Mal im Sinne von Gericht vor (*quod etiam in foro suo paratus esset comprobare instrumentis vel testibus*). — ²⁾ Wenn die 2 mansi 2 Hufen des Ssp. entsprechen, so wäre nach III 80 § 1 das Eigen an das Schultheißentum gefallen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dies auch hier der Fall war und der Graf für sein Schultheißentum die Hufen einzog.

Zusammen mit den früher genannten Quellenstellen (S. 282 ff.) dürfen wir das Ergebnis festhalten: das Kontrollbild bestätigt den Sachsenspiegel, indem es pfleghafte Leute kennt, die mit ihrem ländlichen, grafschatzpflichtigen Eigen die unmittelbare Verbindung mit der Grafschaft bewahrt hatten.

XII. Mit diesem Resultate tritt nun eine zweite Urkunde, welche auch vom Gute eines Pfleghaften handelt, in scheinbaren Widerspruch.

Urkunde von 1219 (Cod. dipl. Sax. I, 3 S. 197). Ego Ludewicus gracia Turingie lantgravius et Saxonie palatinus notum esse volo: . . . quod quidam vir de Cula Hartmudus nomine nobis, ut vulgo dicitur, plechtaft¹⁾ de consensu et conniventia heredum suorum duos mansos in eadem villa cum arcis attinentibus Conventui in Volcholderoth . . . coram suis concivibus et nostro villico Cristiano contradidit receptis . . . VIII marcis et dimidia. Nos igitur prefatam ecclesiam cum in contractu hujus modi damnificare possemus juste cassando factum, in quo minus caute et nimis simpliciter processerunt, tamen ob reverentiam conventus memorati et intuitum retributionis divine assensum de bona dedimus voluntate . . .²⁾

Hier liegen die Verhältnisse ganz anders. Das gleichartige mit der Urkunde von 1214 besteht einzig darin, daß auch hier Güter pfleghafter Leute im Spiele sind. Aber ist hier die Rede von Eigen, das dem Grafen als Landrichter unterstellt gewesen wäre? Sicherlich nicht. Die Übertragung der Hufen von Seite des Harmut erfolgte im Dorfgericht, vor dem Meier³⁾ des Landgrafen (nostro villico). Der Verkäufer wird genannt als ihm, dem Landgrafen, pfleghaft. Der Landgraf spricht sich das Recht zu, den zu unrecht geschehenen Verkauf anzufechten, wenn er wolle. An ein Heimfallsrecht im Sinne der vorhergehenden Urkunde kann nicht gedacht werden⁴⁾, da ja Erben vorhanden sind,

¹⁾ v. Amira in ZRG. 28 S. 435 hat plechthafft. — ²⁾ Dies ist die von v. Amira in der ZRG. 28 S. 435 ff. herangezogene Urkunde. — ³⁾ In den thüringischen Urkunden heißt der grundherrliche Beamte villicus, der öffentliche Beamte unter dem Grafen officialis. Vgl. Cod. dipl. Sax. I. 3 S. 218 (Urk. v. 1222) u. S. 232 (Urk. v. 1224 Juni 28). — ⁴⁾ So unrichtig v. Amira ZRG. 28 S. 436.

die ihre Zustimmung geben zum Verkaufe. Es bleibt nur ein Ausweg: Harmut veräußerte grundherrliches Gut. Er war Hintersasse einer landgräflichen Grundherrschaft und als solcher dem Grundherrschaft, dem Landgrafen, pfleghaft. Wäre die Pflege öffentlicher Natur gewesen, so hätte sie der Landgraf in diesem Zusammenhang sicher nicht hervorgehoben.¹⁾

Der Inhalt beider Urkunden steht für mich fest; aber es ist schwer, sie zu vereinigen. Ich komme über eine bloße Vermutung nicht hinaus. Indem ich unbedingt davon ausgehe, daß die Pflegehaften Eigen im Lande hatten und daß Eigen und Zinsgut Gegensätze bilden, muß ich zum Schlusse gelangen, daß Hartmut neben seinem Eigen grundherrliches Gut besaß. Er war freier Landeigentümer und zugleich Hintersasse. Nun mußte es schon in der Untersuchung über die Grundherrschaft auffallen, daß das Wort *plege* im Sachsenspiegel neben dem Zins auftritt als Leistung grundherrlicher Art. Eike spricht nie von pfleghaftem Eigen. Diese Wendung hat erst die Literatur geprägt. Nach dieser Richtung wäre es also auch mit dem Sachsenspiegel vereinbar, das „pfleghaft sein“ als ein „dem Grundherrschaft pfleghaft sein“ (nobis plechthafft) aufzufassen. Die grundherrliche Pflege, nicht der Grafenschatz, wäre es dann gewesen, welche diesen Eigen- und Zinsgutbesitzern den Namen des Pflegehaften aufgedrückt hätte. Diese Tatsache würde einerseits mit unseren gewonnenen Ergebnissen übereinstimmen, andererseits davon abweichen.

Erstens: Wir verfochten die Ansicht, daß zur Zeit Eickes grundsätzlich alles Eigen in der Grafschaft schatzpflichtig geworden sei. Wer diese Ansicht teilt, der wird sich schwer zu der Annahme bequemen, daß eine öffentlich-rechtliche Leistung nur für die eine Klasse der Verpflichteten, für die Pflegehaften, eine Bezeichnung hervorbrachte, welche auf diese Schatzpflicht (Pflege) hindeutete, während die andere Klasse der Landeigentümer, die Schöffenbarfreien, keine Spur davon in ihrem Namen enthielten.

¹⁾ Auch v. Amira a. a. O. meint: Dieses Anfechtungsrecht hängt sicherlich mit der Pflegehaftigkeit Hartmuts zusammen.

Zweitens: Widerspruchsvoll dagegen ist die grundherrliche Hypothese mit unserem Satze, daß die Grundherrschaft den Stand des Hintersassen nicht beeinträchtigt habe. Wenn der Standesname einer grundherrlichen Leistung entnommen ist, dann muß der Eintritt in den grundherrlichen Verband die entscheidende Tatsache für die Standesverschiebung gewesen sein. Nun sind ja aber die sächsischen Pflegehaften vielleicht die Nachkommen jener Biergeldern, von denen wir aus den alten Würzburger Urkunden hören. In jenen Zeugnissen¹⁾ ist uns auf das deutlichste gesagt, daß die Biergeldern sich oder ihre Güter (*se vel sua alodia oder novalia*) der bischöflichen Immunität freiwillig übertrugen (*manciparunt*) und sich damit in *jus et in ditionem*, d. h. in ein Rechts- und Gewaltverhältnis zur Kirche begaben. Sie traten also in einer Zeit in den Hintersassenverband²⁾ der Kirche ein, als die Grundherrschaft noch fester geschlossen war und stärkere Wirkungen nach außen auszuüben vermochte, als in der Epoche Eikes. Und diese Würzburger Biergeldern nehmen der Immunität gegenüber eine Sonderstellung ein: sie blieben der Gerichtsbarkeit des alten Landrichters (Grafen) unterworfen und zahlten ihm eine Gerichtsabgabe.³⁾ Die Erscheinung läßt sich am ungezwungensten so erklären, daß sie außerhalb der Grundherrschaft noch Eigenland besaßen und durch Vermittlung dieses Eigens den Zusammenhang mit dem Grafschaftsverbände gewahrt hatten. Auch die Osnabrücker Urkunden⁴⁾ lassen sich so deuten. Die *bergildi*, zu einem bestimmten gräflichen *placitum pertinentes*, welche bei Güterauflassungen im Grafengericht erscheinen, bildeten vielleicht eine Gerichtsgenossenschaft auf dinglicher Grundlage. Weil sie neben Zinsgütern Eigen besaßen, waren sie dingpflichtig im Grafengericht.

Demnach wären die Pflegehaften des Sachsenspiegels die Nachkommen der alten Biergeldern, d. h. einer Klasse

¹⁾ Sie sind gesammelt von Heck, Die Biergeldern, 1900, S. 31 f. —

²⁾ Daß sie Hintersassen waren, sagt die Urk. v. 996 (Heck a. a. O. 32): *sive caeteros accolae pro liberis hominibus in ejusdem ecclesiae praedii manentes* ... — ³⁾ So übersetze ich *justicia* in der Urk. v. 1168 (Heck a. a. O. 33) mit Stutz in der ZRG. 21 S. 131. — ⁴⁾ Ebenfalls zusammengestellt von Heck in seinen Biergeldern S. 28 ff.

von Leuten, die nur einen Teil ihres Eigens einem Grundherrschaft aufgetragen¹⁾, den anderen Teil aber als landrechtliches Eigen bewahrt hatten, ein Stand freier Eigentümer und abhängiger Zinsleute zugleich. Daß die pfleghaften Leute in der Stauferzeit nicht zahlreich gewesen sein können, lehren die Urkunden. Auch sind sie im Laufe des 13. Jahrhunderts verschwunden. Die Glosse zum Ssp. weiß nichts mehr mit ihnen anzufangen.²⁾ erklärt sie als Pachtleute³⁾ und hat insofern recht, als sie in dem großen Heere der zinspflichtigen, hintersässigen Bauern aufgegangen waren.

XIII. Es sei noch einmal wiederholt: mehr als eine Hypothese, die zu weiterer Forschung Anlaß geben möge, wollte ich nicht aufstellen. Das Biergeldproblem sollte nur eine neue Richtung gewinnen. v. Wrochem hat dazu die erste Anregung gegeben, aber er vermochte die Frage nicht in das richtige Geleise zu bringen. Die Möglichkeit, das Problem von der Stadtverfassung aus zu lösen, ist damit in noch weitere Ferne gerückt. Möchte dieser Versuch doch bald ganz verschwinden.

¹⁾ Daraus würde sich die Kleinheit des pfleghaften Eigens, in der Regel wohl nicht über 3 Hufen, erklären. — ²⁾ Dies hat Stobbe in der Z. f. deutsches Recht XV S. 347 deutlich gezeigt. — ³⁾ Glosse zu Ssp. III 45 § 4: *biergeldē dīt sin pachtlude*.